Ausgabe für Groß-Berlin

10 Pfennig

Deutsche Allgemeine Zeitung

Berlin, 9. Mai 1928
Mittwoch Morgen

Chefredakteur: Dr. Fritz Klein
Berlin SW 68, Rittterstraße 50.
Dönhoff 8937—8949.
„DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Monatl. Bezugspreis 4.35 R.-M. in Berlin durch Boten.

Schriftleitung und Verlag
Berlin SW 68, Fernsprecher: A 7, Amt
Postscheck Berlin Nr 107941. Die
Nur mit Beilagen
Das Unterhaltungsblatt • Das neue Buch
Kraft und Stoff • Weltverkehr
Wirtschaft und Recht

Bankkonto: Darmstädter und Nationalbank Depositenkasse Berlin SW 68, Friedrichstraße 15. Für bei Universalschaden Nichtbelieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 0.45 R.-M. je 33 mm breite Millimeter-Zeile. Bedarfsanzeigen nach besonderem Tarif

67. Jahrgang
9. 5. m Nr. 215
10 Pfennig

Zum Tage

* Brasilien hat auf die Aufforderung, in den Völkerbund wieder einzutreten, negativ geantwortet.

★

* Das Dreierkomitee des Völkerbundes über die Vorfälle bei St. Gotthard hat seine dreitägigen Verhandlungen im Haag abgeschlossen.

★

* In Kowno haben die polnisch-litauischen Verhandlungen über Sicherheits- und Entschädigungsfragen begonnen.

★

* Die Aufnahme des Luftverkehrs mit dem Saargebiet ist in nächster Zeit zu erwarten.

* Ausführliches siehe unten.

Die elsaß-lothringische Krise

„Nicht nachgeben!"

s. Straßburg, 8. 5. (Eigenbericht)

Die französische Presse ist durch die Wahlen in Elsaß-Lothringen und durch den Colmarer Prozeß in die Notwendigkeit versetzt, sich über die nächsten Schritte und die großen Linien der Politik in den „befreiten Provinzen" klar zu werden. Es zeigt sich, daß der überraschend tiefgehende Gegensatz zwischen „Klerikalen" und „Antiklerikalen" die Extremisten der Wirklichkeit fast noch mehr erschwert, als dies schon durch die sentimentalen Vorstellungen von elsässischen Verhältnissen geschieht.

Die auch vom Ministerpräsidenten Poincaré bei seinen letzten Kundgebungen in Straßburg und Metz gewählte Auslegung der Wahl von Ricklin, Rossé, Dahlet usw. hat dazu beigetragen, den bösen Schlag etwas zu verwinden, den ihr Erfolg der französischen nationalen Eitelkeit versetzt hat. Ihre Wahl, so heißt die neue Version, verdanken sie lediglich dem Umstand, daß sie im Wahlkampf ihre autonomistischen und separatistischen Absichten vorgefaßt hinter einem betonten Loyalismus verstecken haben. Denn „die autonomistische These hatte keinerlei Aussicht auf Erfolg". „Das Herz der elsässischen Bevölkerung gehört uns: das ist Tröstliche." Dahinter verbirgt sich aber auch der Ernst der Krise.

„Wozu tawat das Konkordat in Elsaß-Lothringen? Was macht der Fontenay in Rom?" fragt das Pariser Linksblatt „La Voix" und meint, man habe seinerzeit die Wiederaufnahme der Beziehungen mit dem Vatikan mit der Aussicht auf die bestehende kirchenrechtliche Lage Elsaß-Lothringens gerechtfertigt. Jetzt aber bekämpfe ein Teil des elsässischen Klerus nicht nur die laïzistische Republik, sondern auch die Einheit Frankreichs. An der elsässischen Frage und an der Lösung, die ihr Rom gebe, werde man prüfen, welchen Nutzen die Aufrechterhaltung einer Vertretung beim Vatikan überhaupt habe. Auch die „Kolonie" ist der naiven Ansicht, der Vatikan brauche nur ein Wort zu sagen, damit der Klerus in Elsaß-Lothringen seine autonomistische Gesinnung ablege. „Wir haben einen Vertreter in Rom: Er soll beim Heiligen Stuhl handeln."

In der „Ere Nouvelle" polemisiert Albert Bayet mit der katholisch-nationalistischen „Liberté", die die Lösung auf ganz anderem Wege sucht, nämlich durch Ausdehnung des heute nur noch in Elsaß-Lothringen geltenden Konkordats auf ganz Frankreich. Für die „Ere Nouvelle" ist dieser Vorschlag eine Kapazität vor den Autonomisten. Und mit den übrigen bisherigen Parteien wird erklärt: „Frankreich wird die nationale Frage nicht vor der autonomistischen Fahne aufrollen."

Einen höchst merkwürdigen Vorschlag macht Maurras in der royalistischen „Action Française". Er regt ein Plebiszit an, eine Volksabstimmung in Elsaß-Lothringen über die Frage: Wollt ihr Franzosen ohne Vorbehalt und ohne Einschränkung sein? Man müßte dabei annehmen, daß man bei dem bisherigen Ausfall dieser Antwort den Elsässern ihre völlige Freiheit wiedergäbe. Die „Action Française" setzt das mit einer Mißgabe Elsaß-Lothringens an Deutschland gleich und glaubt, daß diese Aussicht die zahlreichen Elsässer erschrecken werde, die bisher dem Autonomismus gefolgt seien, „ohne den Wunsch einer Rückkehr zu Deutschland." Jedenfalls müsse Frankreich aus freien Stücken diese Volksbefragung bald vornehmen: denn sonst würden die Ricklin, Rossé usw. sich nach Gott wenden, und der Völkerbund werde Frankreich gewiß die Schande antun, dieses Plebiszit anzuordnen. Interessant an diesem Vorschlag ist, daß sich auch andere Blätter mit ihm befassen. Der verpönte Gedanke ist damit in die Debatte geworfen.

Im Hinblick auf den Colmarer Prozeß, der sehr wohl mit der Kompromittierung der oberen französischen Verwaltungsbehörde im Lande endenen kann, als das erkennen und anerkennt, was er ist und sein will: Die Forderung einer nationalen Minderheit, über die eigenen Lebensnotwendigkeiten selbst zu entscheiden. Die französisch-nationalistischen Kreise in Elsaß-Lothringen haben trotz ihrer offenen Desavouierung durch die Wählerschaft mit Ohr Frankreichs. Neue schwere Konflikte erscheinen daher unvermeidlich.

Kriegszustand zwischen Japan und der Nationalregierung

Ohne förmliche Kriegserklärung — Bevorstehende Annexion der Provinz Schantung? Chinesisches Pulvermagazin in die Luft gesprengt — Ultimatum zur Räumung Tsinanfus — Neue Straßenkämpfe — 50 000 Japaner für Schantung

ex. London, 8. 5. (Eigenbericht)

Nach den letzten Meldungen aus Japan und China zu schließen, ist mit der Annexion der Provinz Schantung durch Japan in nächster Zukunft zu rechnen. Die japanische Regierung hat heute offiziell die Besitzergreifung der Schantung-Bahn von Tsinanfu bis Tsingtau erklärt. Die Erklärung der japanischen Regierung begründet diese Aktion damit, daß die aggressiven Maßregeln der chinesischen Nationalregierung die japanische Regierung zur Gegenoffensive gezwungen hätten.

Ohne daß eine förmliche Kriegserklärung erfolgt, ist damit der Kriegszustand zwischen Japan und der chinesischen Nationalregierung, soweit Schantung in Betracht kommt, Tatsache geworden. Die japanischen Truppen in Tsinanfu haben heute die wichtigsten strategischen Punkte der Stadt besetzt, darunter die Eisenbahnstation, sämtliche Kasernen, das Telegraphen- und das Postamt, und haben ein Pulvermagazin der Nationalregierung in die Luft gesprengt. Gleichzeitig hat der japanische Oberkommandeur dem chinesischen Kommandeur ein Ultimatum gesandt, in dem die sofortige Räumung der Stadt Tsinanfu durch die Südtruppen gefordert wird. Eine japanische Zeitung berichtet aus Tsinanfu, daß General Chiang Kai-shek sich persönlich nach Tsinanfu, 50 Kilometer südlich von Tsinanfu, flüchtartig zurückgezogen hat, da ihm die Kontrolle über seine Truppen durch seine Unterführer aus der Hand genommen sei. Japanische Meldungen behaupten ferner, daß 100 000 chinesische Soldaten heute den Angriff auf die isolierte kleine japanische Truppe von 3000 Mann erneuert haben sollen und daß es wieder zu lebhaften Straßenkämpfen gekommen ist.

Die japanische Regierung hat beschlossen, weitere Verstärkungen zu entsenden. Zunächst soll die gesamte in Nagasaki stehende Armeedivision in einer Stärke von etwa 16 000 Mann nach Tsingtau gesandt werden. 20 Transporter liegen in den Häfen zum Abtransport dieser Division bereit. Damit würde die japanische Truppenmacht in der Provinz Schantung auf annähernd 50 000 Mann gebracht werden. Die japanische Admiralität verstärkt ferner die Marinestation in Tsingtau. Weitere japanische Flugzeuggeschwader sind auf Transportschiffen nach Tsingtau unterwegs.

Die Meldungen der englischen Korrespondenten aus der Provinz Schantung rechnen damit, daß Japan in den nächsten Tagen die Offensive von Tsinanfu aus beginnen und die Räumung der gesamten Provinz Schantung durch die Nationalarmee fordern wird. Die englischen Missionare sind mit Rücksicht auf die bevorstehenden Kämpfe aus der ganzen Provinz Schantung und aus den südlichen Teilen der Provinz Chili an die Küste zurückgerufen worden.

Neuer Zwischenfall in Colmar

Rechtsbruch durch Zurückhaltung von Anklagematerial

Colmar, 8. 5.

In seiner weiteren Vernehmung als Zeuge erklärt Polizeikommissar Bauer aus Straßburg, die Polizei habe am 28. April 1927 Mitteilung davon erhalten, daß ein Herr von Gemmingen, der Schwiegersohn des Zaarindustriellen Röchling, in Mannheim sich mit der autonomistischen Propaganda im Elsaß beschäftige.

Nach einer kurzen Unterbrechung der Sitzung verliest Reichsanwalt Klein ein gemeinsames Schreiben der Herren Röchling und von Gemmingen, die Erklärung abgeben, daß sie niemals etwas mit der Bewegung zu tun gehabt hätten, keinen der Herren kennen und bereit seien, vor den deutschen Gerichten diese Aussagen zu wiederholen.

In einem neuen Zwischenfall kommt es, als der Zeuge Bauer sich neuerdings mit einem elsaß-lothringischen Fall in Beziehung, den für Deutschland und einige andere Staaten die Ybdus-Verlebe überschnen sollte. (Gemeint sind zweifelos die Aufnahme von der Entlassung Bulachs aus dem Straßburger Gefängnis.)

Als Bauer vom Vorsitzenden aufgefordert wird, verschiedene von ihm erwähnte Dokumente vorzulegen, erhebt sich der Generalstaatsanwalt, überreicht dem Vorsitzenden eine mit Dokumenten gefüllte gelbe Mappe und beantragt, diese Dokumente zu den Akten zu nehmen. Die Verteidigung, die sich wie ein Mann erhebt, bestürmt den Vorsitzenden und den Staatsanwalt mit der Frage, wo er plötzlich diese Dokumente kämen und wie die eigenartige Zusammenarbeit zwischen Staatsanwalt und Zeugen zustande komme. Der Vorsitzende erklärt auf Befragen, daß er diese Papiere bisher nicht gesehen habe.

Auf die Frage des Reichsanwalts Jaegle an den Generalstaatsanwalt, ob dies seine Ueberraschung sei, antwortete der Staatsanwalt mit einem ironischen Lächeln.

Darauf erklärt Reichsanwalt Berthon im Namen der gesamten Verteidigung, daß hier ein Rechtsbruch vorliege und richtet an den Gerichtshof die formelle Anfrage, wie es möglich gewesen sei, daß diese Papiere, die im Februar fertiggestellt und am 2. April dieses Jahres abgeschlossen worden seien, erst jetzt in der Schwurgerichtsverhandlung erschienen. Es müsse feststellen, daß von einer gewissen Seite, scheinbar sogar von Generalstaatsanwalt selbst, das neue Anklagematerial zurückgehalten worden sei. Die Verteidigung werde von dem gesetzlich vorgesehenen Recht Gebrauch machen, die Beamten, die sich der Uebertretung der Gerichtsordnung schuldig gemacht hätten, vor den Gerichtshof zu laden.

In der Nachmittagssitzung erhält nach dem Zeugen Bauer der erste Angeklagte Ricklin das Wort, um zu den Aeußerungen des Zeugen Stellung zu nehmen. Er geht noch einmal die Aussagen Bauers durch und erläutert dabei auf die Rolle, die Ricklin während und vor dem Kriege. Sie sei mit der jetzigen gar nicht zu vergleichen. Dann werden im Anschluß an eine Frage, welche Verteidigung Ricklin zu Leo und Muth gehabt habe, zwei Briefe Leos verlesen, die an Ricklin gerichtet sind.

Luftverkehr mit dem Saargebiet

rn. Saarbrücken, 8. 5. (Eigenbericht)

In der gestrigen Vollversammlung der Saarbrücker Handelskammer wurde davon Mitteilung gemacht, daß die Verhandlungen mit der Regierungskommission über die seit langem geforderte Aufnahme des Luftverkehrs endlich soweit gediehen sind, daß dieselbe für die nächste Zeit mit Bestimmtheit zu erwarten ist.

Die Handelskammer sprach gleichzeitig ihr Bedauern über die Auflösung für Handel und Gewerbe bei der Regierungskommission aus und hielt die von Morrize angeführten Gründe nicht für stichhaltig. Es wurde erwogen, gegen die tatsächlich bestehende Ungleichheit in der Behandlung saarländischer Händler in Elsaß-Lothringen und französischer Händler im Saargebiet Maßregeln zu fordern.

Brasilien bleibt dem Völkerbund fern

Der brasilianische Außenminister an den Ratspräsidenten

Genf, 8. 5.

Auf die vom Völkerbundsrat am 9. März an Spanien und Brasilien gerichtete feierliche Aufforderung zur Fortsetzung ihrer Mitgliedschaft im Völkerbunde, die von der brasilianischen Regierung bereits im bejahenden Sinne beantwortet worden ist, hat nunmehr die brasilianische Regierung, wie heute abend bekannt wird, negativ geantwortet.

Das entsprechende Schreiben, das der brasilianische Außenminister Mangabeira unter dem 9. April an den Ratspräsidenten Urrutia gerichtet hat, und das heute abend vom Generalsekretär des Völkerbundes veröffentlicht wurde, erinnert nach verbindlichen Worten des Dankes an den Rat und seinen Präsidenten an die von Brasilien im Juni 1926 gegebene ausführliche Darstellung der Gründe, die es zu seiner Austrittserklärung veranlaßten, und erklärt dann:

„Die Regierung, die gegenwärtig in Brasilien die Leitung der Geschäfte innehat, antwortlich ist, hat die Frage nach dem politischen und dem moralischen Gesichtspunkte gebührend in Erwägung gezogen. Sie hat alle Dokumente wieder gelesen, die darauf Bezug haben. Sie hat sich dabei nur von dem Gedanken leiten lassen, den Pflichten gegenüber ihrem Lande treu zu sein. Sie findet keine Bewegründe, die sie unter so heiklen Verhältnissen veranlassen, eine Lage zu ändern, die nach ihrer Auffassung bereits klar gegeben war, ohne daß die geringste Veränderung der Umstände eingetreten wäre, die seinerzeit zu ihr führten. Wenn daher Mitarbeit am Völkerbunde gleichbedeutend ist mit der Teilnahme als Mitglied, so ist die brasilianische Regierung die erste, die bedauert, daß die gegenwärtigen Umstände ihr dies nicht erlauben."

Die Anklageschrift im Donezprozeß

mf. Moskau, 8. 5. (Eigenbericht)

Die Anklageschrift im Donez-Prozeß, die gedruckt 240 Seiten umfaßt, beschuldigt amtliche Organe ausländischer Mächte der Vermittlung von Briefen und Geldsendungen an gegenrevolutionäre Verschwörer und enthält unerhörte Anklagen gegen angesehene Persönlichkeiten der ARGO. Auf Vorsitzing des Jugendvereins Roschin habe der Direktor der russischen Abteilung der ARGO, Bleimann, die finanzielle Unterstützung der Donz-Verschwörung in die Wege geleitet. Der Reichsdeutsche Otto und Mayer seien die ausführenden Organe gewesen. Ferner habe der Deutsche Otto dem Jugendverein Roschin einem der Hauptangeschuldigten, einen Brief hochverräterischen Inhalts aus Rußland mitgebracht und der Deutsche Badstüber 2500 Rubel an Bestechungsgeldern für die Abnahme unbrauchbarer Maschinen gezahlt. Der Prozeß dürfte voraussichtlich am 22. Mai beginnen.

Wir haben bereits über die Stellungnahme der ARGO zu diesen unerhörten Anklagen berichtet.

★

mf. Moskau, 8. 5. (Eigenbericht)

Die Hauptstadt der autonomen Republik Kaschkirien, die das ausgedehnte Steppengebiet zwischen Westbirbirien und Turkestan einnimmt, sollte von Kisil-Orda (an der Bahnlinie Orenburg—Taschkent) Anfang Mai nach der bodenreichen Stadt Alma-Ata (dem ehemaligen Wjernij) verlegt werden. Nun verlautet, daß die Verlegung der kaschkirischen Hauptstadt aus organisatorischen Gründen noch auf unbestimmte Zeit verschoben werden soll. Vermutlich wird die Verlegung der Hauptstadt erst nach Fertigstellung der jetzt in Angriff genommenen Bahnlinie von Semipalatinsk nach Alma-Ata erfolgen.

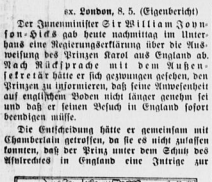
Englische Regierungserklärung über Karols Ausweisung

Beweismaterial für ein Komplott vorhanden

ex. London, 8. 5. (Eigenbericht)

Der Innenminister Sir William Joynson-Hicks gab heute nachmittag im Unterhaus eine Regierungserklärung über die Ausweisung des Prinzen Karol aus England ab. Nach Rücksprache mit dem Außenminister hätte er sich gezwungen gesehen, den Prinzen zu informieren, daß seine Anwesenheit auf englischem Boden nicht länger geduldet sei und daß er seinen Besuch in England sofort beendigen müsse.

Die Entscheidung hätte er gemeinsam mit Chamberlain getroffen, da sie es nicht zulassen konnten, daß der Prinz unter dem Schutz der Asylrechte in England eine Intrige zur



Wiedergewinnung des rumänischen Thrones angezettelt. Es sei genügend Beweismaterial dafür vorhanden, daß das Komplott Karols bereits Dimensionen angenommen hatte, die zu den ernstesten Konsequenzen hätten führen können.

Er hätte daher heute einen höheren Polizeioffizier in das Londoner Hauptquartier gerufen und dem Prinzen persönlich die schriftliche Aufforderung des Innenministers, das Land zu verlassen, überreichen lassen. Mündlich sei der Prinz bereits heute morgen kurz nach Mitternacht von diesem Beschluß unterrichtet worden. Die Regierung werde ihm keinen Termin setzen, nehme jedoch an, daß etwa 4 bis 5 Tage voraussichtlich erforderlich seien, um die der Prinz seinen Aufenthalt in England ausdehnen könne. Die Regierung erwartet also, daß Karol noch vor Wochenende das Land verlassen wird.

Prinz Karol scheint, wie bereits kurz gemeldet, nach allem, was bis jetzt vorgefallen ist, das Opfer eines Rechtsrisiko der Boulevardpresse geworden zu sein. Der „Evening Standard" war das erste Blatt, das die Ankunft Karols in England erfuhr und sofort Geschichten über seine Komplotte in Umlauf setzte. Es ist noch nicht bekannt, ob der „Evening Standard" auch hinter der mysteriösen Flugzeugbefestigung gesteckt hat. Auf jeden Fall hat jedoch der „Evening Standard", nachdem er zunächst ein paar sicher irreführende Informationen über den Prinzen veröffentlicht hatte, sich plötzlich gegen den Prinzen gewandt und in Leitartikeln die Ausweisung des Prinzen verlangt. Der „Evening Standard" ist die ganze englische Presse die Rolle eines Flinkbeiers und Hofjunkers oder eines Operettenprinzen gespielt. Alle Blätter machen sich über ihn lustig. Der „Evening Standard" drucke auf der ersten Seite eine ausführliche Erklärung des Prinzen Karol ab, in der dieser sich über die Methoden beschwert, mit denen die englische Presse ihn behandelt hat, und womit der „Evening Standard" mit Zuschriften über die Jagen seines journalistischen Kunstgriffes präsentiert. Es sei unglaublich, daß die „Gentlemen des Evening Standard" in wenigen Tagen das Werk von zehn Jahren hätten vernichten können".

★

khz. Wien, 8. 5. (Eigenbericht)

Wie aus Bukarest gemeldet wird, ist die Parteileitung der Nationalen Bauernpartei gewillt, nur unter gewissen Bedingungen ins Parlament zurückzukehren. Manin erklärte in mehreren Unterredungen, die Volkserscheinung von Karlsburg bedeute nur die erste Phase und den Anfang des Kampfes gegen die Regierung. Die halbamtliche Telegraphenagentur „Rador" veröffentlicht eine amtliche Gegenerklärung über den Versuch des gewesenen Kronprinzen Karol, mit Hilfe von Rumänien zurückzukehren. Diese Veröffentlichungen werden aus dem Grunde erfolgen, damit sich das Volk seine eigene Meinung über die neue Aktion Karols bildet.

Wie aus Bukarest weiter gemeldet wird, wurde im heute vormittag stattgefundenen Ministerrat beschlossen, im letzten Moment keine vormittag stattgefundenen Ministerrat beschlossen, im letzten Moment keine Volksversammlungen mehr zu gestatten, die den Charakter der Zukunft Karlsburg haben sollten. Ferner wurde ein Programm für die Parlamentstagung im Herbst beschlossen, das als eine Gegenmanifestation gegen den Kongreß von Karlsburg gedacht ist.

Zwei Berichte des St. Gotthard-Komitees

ll. Haag, 8. 5. (Eigenbericht)

Das mit der Untersuchung der Vorfälle von St. Gotthard beauftragte Dreierkomitee des Völkerbundes, das wir gemeldet, seit Freitag vormittag im hiesigen Ministerium des Auswärtigen unter dem Vorsitz des niederländischen Außenministers Jonkheer Beelaerts van Blaeland getagt hat, hat gestern seine dreitägigen — von Dienstag und Sonntag unterbrochenen — Arbeiten beendet. Im Verlaufe seiner Beratungen hat das Komitee nicht nur die beiden Zuständigkeiten für Waffenlieferungen und Maschinengewehrstellung, den Schweden Kiellmann und den Engländer Sterman, sowie die beiden Fachleute für internationalen Eisenbahnverkehr und für Expeditions- und Zollfragen, den Holländer Kolff und den Schweizer Metzinger, eingehend angehört, sondern daneben auch den als Vertreter der ungarischen Regierung nach dem Haag gekommenen und seinerseits von drei Sachverständigen begleiteten ungarischen General Tancos Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.

Auf Grund seiner eingehenden Beratungen sowie der seitens der Komitee in seiner gestrigen Sitzung zwei offizielle Berichte aufgestellt.

Der eine enthält, wie zuverlässig verlautet, die Schlußfolgerungen ad hoc, d. h. nur auf den St. Gotthard-Zwischenfall bezügliche Vorschläge und Feststellungen. Der andere befaßt sich im Anschluß an die Mitteilungen, die das Komitee bereits während der Märztagung des Völkerbundsrates in einem vorläufigen Bericht niederlegte, Vorschläge für ein beschleunigtes vorläufiges Völkerbundsverfahren, sogenannte „konservatorische Maßregeln", die während der zwischen zwei Ratstagungen liegenden Zwischenzeiten in dem St. Gotthard-Zwischenfall ähnlichen Fällen ergriffen werden können.

Der zweite Bericht geht also wegen seines grundsätzlichen Charakters in seiner Bedeutung über den offiziellen Bericht hinaus. Beide Berichte sind inzwischen an die Mitglieder des Völkerbundsrates versandt worden. Nach ihrem Eintreffen in Genf sowie in den großen europäischen Hauptstädten sollen beide Berichte in ihrem vollen Wortlaut veröffentlicht werden.

Die litauisch-polnischen Verhandlungen

Kowno, 8. 5.

Zwischen den Führern der litauischen und der polnischen Kommission ist über den Arbeitsplan der Kommission für Sicherheits- und Entschädigungsfragen vereinbart worden, nur nichtöffentliche Sitzungen abzuhalten und die vorliegenden Fragen in Unterkommissionen zu erörtern. Vollsitzungen sollen nur im Bedarfsfalle abgehalten werden. Am Dienstag vormittag traten die beiden Kommissionen zur ersten Vollsitzung zusammen.

Die „Italia" ernsthaft beschädigt

td. Oslo, 8. 5. (Eigenbericht)

Nach den letzten hier eingegangenen Meldungen bestätigt es sich daß die Beschädigungen des Polarluftschiffes „Italia" doch ernsthafter sind, als ursprünglich angenommen wurde. Es handelt sich besonders um den Mast, an das Luftschiff beim Festmachen am Ankermast in Kingsbay bekommen hatte. Durch die dadurch bedingte beschränkte Manövrierfähigkeit hatte sich die Landung in Kingsbay besonders schwierig gestaltet. Einer der Motoren hat sich ebenfalls beschädigt, so daß Grund zu der Annahme besteht, daß die Reparaturarbeiten eine ganze Reihe von Tagen in Anspruch nehmen werden.

Amerikanischer Funkdienst

New York, Devisen- und Geldmarkt

Devisenkurse von 1 Uhr nachmittags

	8. 5.	7. 5.
Tag.-Geld ...	5½–6	5
Nachtgeld ...		5
60 Tage B	4¾	4¾
do. do. S	4¾	4¾
a. Handelsw.		
sichtig. Kurz-	4½	4½
sichtbare ...	4½	4½
Kanada Mitteln	23,5/8	23,3/8
bez.	—	—
London		
Kabel Tr. ...	4,86½	4,88½

	8. 5.	7. 5.
London 60 T.	4,84¼	4,84¼
Paris ...	3,93	3,93¾
Brüssel ...	13,96	13,91
Amsterdam ...	40,17	40,19
Zürich ...	19,27½	19,27
Oslo ...	26,78	26,78
Kopenhagen	26,63	26,63
Prag ...	2,96½	2,96½
Rom ...	5,27	5,27¼
Madrid ...	16,78	16,50
Silber ...	59¾	59½

New Yorker Börse

	8. 5.	7. 5.
Baltimore & Ohio.	114	113
Canadian Pacific	217½	217½
Chesapeake & Ohio	115½	115½
Chicago Milwaukee	59	58½
Erie	61½	61
Missouri Pacific pref	115½	115½
Pennsylvania ...	57½	57½
Reading ...	113	112½
Southern Pacific ...	126	127¾
Union Pacific ...	187½	187½
Bethl. Steels ...	61	60¾
General Electric ...	171½	169
General Motors ...	204	208½
Gliddens Sodaprod.	61	61½
Intern. Harvester	253	257
Mathieson Alk. W.	44½	45
Studebaker ...	67½	68½
U. S. Steel Corp.	164½	165
41 St. Louis Prior	96½	96½
4½ do. conv. Bnd. Bd.	101½	101½
6½ A. E. G. 1940	118½	120

New York, Produktenmarkt

	8. 5.	7. 5.
Nov. Santos ...	22,25	22,25
„ Rio leko.	15,50	14¾
Mai ...	15,15	14,50
Juli ...	15,42	14,95
Sept. ...	15,38	14,95
Dezbr. ...	15,30	14,70
März 1929	15,10	14,70
Baumwolle loko	21,91	21,95
„ Mai ...	21,44	21,49
„ Juli ...	21,19	21,23
„ Oktbr. ...	21,18	21,22
„ Dezbr. ...	21,20	21,30
Zucker ...	2,00	2,00
Kupfer elektr. ...	14,25	14,25
„ 29-30 Tage	14,27	14,27½
Zinn ...	51,25	51¾
Blei ...	6,10	6,10
Zink ...	5,97½	5,95
Kaffee loko	21,31	21,31

	8. 5.	7. 5.
Kontraktpreis Rio	17,50	17,50
Weizenmehl ...	5,25	5,25
Rotmehl Winter	12,75	12,65
Talg extra inoe	8¼	8¼
Sw. Schmalz loko	10,70	10,70
Mai	10,70	10,65
Juli	10,70	10,65
retrol. Standard	17,40	17,40
Kupfer ...	14,00	14,00
„ Nichtraffinat	1,19	1,19
Pennsylv. Rohöl	2,80	2,80
Zucker Mai ...	2,61	2,64
„ Juli ...	2,72	2,77
„ Sept. ...	2,82	2,86
Kautsch. crisp.	18,75	18,75
„ smoke.	19½	18,75
Torpedo ...	24,50	25,00
„ Savannah	48,75	49,00
Santos N. Bd.	21,14	21,14

Chicago, Produktenmarkt

	8. 5.	7. 5.
Weizen Mai ...	167¾	159¾
Juli ...	161¾	159¾
Mais Mai ...	108¾	108¾
Juli ...	111½	111¾
Hafer Mai ...	51¾	51¾
Juli ...	50¾	50¾
Kanadaw. Mai	137¾	137
Juli ...	133	133¾
Schweine Mai ...	12,00	11,92½

	8. 5.	7. 5.
Schmalz Juli ...	12,80	12,70
Rippen Mai ...	12,00	11,87
Speck ...	12,00	12,00
Leichte Schweine	9,00	8,85
Schwerine Schweine	9,50	9,45
Schwerine Schweine	10,25	10,30
Zufuhr: Chicago	41 000	30 000
(Westen)	85 000	80 000

Wahlrevue

2. Die Sozialdemokraten

Ein Teil der bürgerlichen Wähler ist immer noch geneigt, die Sozialdemokratie zu unterschätzen. Weil sie nicht mehr in der Zylindermütze, sondern in der bekannten zivilen Kleidung auftritt, weil ihre Führer bei Gelegenheit sogar in Smoking und Frack erscheinen, glaubt man, der revolutionäre Wille in dieser Partei habe nachgelassen. Davon kann aber gar keine Rede sein. Die Sozialdemokratie ist nicht nur quantitativ die stärkste Partei in Deutschland, sondern auch qualitativ, nach ihrer politischen Energie, vielen anderen Parteien überlegen. Sie hat 1924 im ganzen fast 40 Millionen Stimmen und 131 Mandate erhalten. Wenn auch die Zahl ihrer eingeschriebenen Mitglieder nur etwa 800 000 beträgt, so wäre es doch sehr falsch, diese Ziffer gering zu bewerten. Denn diese 800 000 Männer und Frauen sind eine Kampftruppe, die mit einer geradezu militärischen Disziplin und Opferbereitschaft ihr Leben einsetzt. Allein diese einzelnen bürgerlichen Parteimitglieder zahlen nach parteiamtlicher Angabe im Jahre 32 Millionen Beiträge! Sie arbeiten in den Betrieben und in den Kontrollen ihrer Arbeitsämter mit einer Intensität, um die man die Sozialdemokratie beneiden kann, für die Ziele ihrer Partei: daneben hat sich die Partei auch in ihrer Presse ein auf die Massenwirkung berechnetes Kampfmittel geschaffen.

Die Führung der Sozialdemokratie verfügt über Spezialisten auf allen Gebieten des politischen Lebens: vor dem Kriege überwog hier vielleicht das theoretische Wissen unmittelbar in marxistischer Ausprägung, jetzt aber hat die Partei Tausende von Leuten, die in der praktischen Mitarbeit am Staate geschult worden sind, aktive oder ehemalige Minister, Oberpräsidenten, Stadträte, Bürgermeister, Stadträte. Dazu kommt die enge Verbindung mit den freien Gewerkschaften, die ebenfalls eine Vorschule der politischen Praxis darstellen. Es ist also, im ganzen gesehen, schon lange nicht mehr so, wie es manche bürgerlichen Kreise nach dartreiben wollen, daß die Sozialdemokratie nur Zahlenbrecher und Agitatoren für Vollsversammlungen hätte; sie hat alles, was eine große Partei heute braucht, und manches in besserer Qualität als die eine oder andere bürgerliche Partei.

Wir möchten nicht mißverstanden werden: So weit wir davon entfernt sind, die sozialdemokratische Führer für große Staatsmänner zu halten, so notwendig scheint es uns doch auszusprechen, daß eine Unterschätzung dieses Gegners nur zum Unheil führen kann. Die Zdeenwelt des Sozialismus, die diese Massen zusammenhält, ist heute auch dem Bürgertum einigermaßen besser bekannt als vor dem Kriege; aber oft verschleiert man noch die Augen vor der Tatsache, daß diese Zdeenwelt in der Sozialdemokratie mindestens ebenso stark fortlebt wie in den lärmenden kommunistischen Haufen. Der Grundgedanke der Partei, der Marx ins Werk gesetzt hat, die Emfführung dieses Buches nach demjenigen Ziel, den heutigen Sozialismus für harmlos halten möchte. Wir sind der Meinung, daß die Abschwächungen, die das Programm der Partei im Laufe der Jahrzehnte erfahren hat, nichts weiter darstellen als taktische Wendungen, daß aber an dem Endziel „Kampf gegen die bürgerliche Gesellschaft bis zu deren Vernichtung" sich nicht das geringste geändert hat. Die Kommunisten freilich können es sich leisten, den Radikalismus offen auszusprechen, weil sie in Deutschland bis auf weiteres, wie sie selbst wissen, nicht in die Lage kommen werden, ihre Theorien in der Praxis zu erproben. Der kommunistische Radikalismus ist so nicht ein Beweis der Kraft, sondern eine Eingeständnis der selbstempfundenen Ohnmacht.

Für die Sozialdemokratische Partei ist die praktische und taktische Situation eine ganz andere. Sie war schon im Kaiserreich ein sehr wesentlicher politischer Faktor, zunächst in der Opposition, zuletzt in der Regierung. Der Umsturz von 1918 hat sie dann vor ganz veränderte Verhältnisse gestellt. Wenn die Sozialdemokratie nicht dazu, die Macht, die ihr in den Schoß gefallen war, in noch größerem Umfange auszunützen, so lag das einerseits an der Gegenwirkung von bürgerlicher Seite, in der Hauptsache aber in der Tatsache, daß sozialistische Stoßkraft durch innere Kämpfe gelähmt war: zuerst durch den Kampf mit den Unabhängigen, heute durch die Kommunisten. Bei den jetzigen Wahlen liegt die Aktivenvereinigung mit den Unabhängigen schon so weit zurück, daß nicht nur formal, sondern auch tatsächlich wieder eine einheitliche sozialdemokratische Partei auf den Kampfplatz tritt. An dieser Tatsache ändern einzelne Differenzen und Sonderspringe nichts. Was aber das Verhältnis zu den Kommunisten betrifft, so war und ist dieses für die Sozialdemokratie der Mittelpunkt der ganzen gegenwärtigen Parteitaktik. Nur die Hoffnung auf Rückgewinnung der abtrünnigen roten Brüder ist es gewesen, die die Sozialdemokratie veranlaßt hat, während der Regierungsperiode von 1924 bis 1928 im Reiche hartnäckig in Opposition zu verharren. Sie

*) Rühle: Karl Marx, Leben und Werk. Avalun-Verlag (Hellerau bei Dresden).